

# KEIN ENDE DER GLOBALEN ÜBERWACHUNG

Jeder muss sich heute dessen bewusst sein, dass ihm eine Teilnahme an einer Kundgebung, eine E-Mail an einen Anwalt oder eine kritische Meinungsäußerung über Skype – kurz: jede öffentliche oder private Kommunikation im Netz – noch nach Jahrzehnten vorgehalten werden kann.

Nachdem am 5.6.2013 die britische Tageszeitung „The Guardian“ den ersten Artikel einer beispiellosen Enthüllungsserie über die exzessiven Überwachungsprogramme westlicher Geheimdienste veröffentlicht hatte, hat sich in Bezug auf den Schutz der Privatsphäre nicht viel geändert. Zwar war durch die Enthüllungen das immense Ausmaß staatlicher Überwachung für eine Zeit ins öffentliche Bewusstsein und auf die politische Agenda gerückt, jedoch bestehen die Überwachungsprogramme in leicht geänderter Form weiter, der NSA-Skandal wurde nie vollständig aufgearbeitet und auch in Deutschland wurde mit dem „Gesetz über den Bundesnachrichtendienst“ anlasslose Massenüberwachung legalisiert und ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen.

**Aber anstatt Massenüberwachung hinzunehmen, müssen wir auf die aus Sicht von Amnesty International daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen hinweisen und unsere Rechte sowohl in Deutschland als auch weltweit einfordern.**

**Amnesty International** setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als sieben Millionen Mitgliedern und Unterstützerinnen und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

## Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung,
- ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Flüchtlingen
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täterinnen und Täter
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

[www.amnesty.de/mitmachen](http://www.amnesty.de/mitmachen)

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben. Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit.

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
Themenkoordinationsgruppe „Menschenrechte im Digitalen Zeitalter“  
E: [info@amnesty-digital.de](mailto:info@amnesty-digital.de) . W: [www.amnesty-digital.de](http://www.amnesty-digital.de)

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00  
IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFSWDE 33XXX

© Amnesty International, TheKo „Menschenrechte im Digitalen Zeitalter“, Mai 2018, V.i.S.d.P. Mario Lenhart  
Titelbild und links: „Flashmob gegen Überwachung 2018“ von „Digitale Freiheit“, [https://www.flickr.com/photos/digitale\\_freiheit](https://www.flickr.com/photos/digitale_freiheit)  
Bild Innenseite: AI-Aktion in Berlin, © Nicolas Chevreux / Amnesty International

 [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)  [www.twitter.com/amnesty\\_de](https://twitter.com/amnesty_de)  
 [www.facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)



## MASSENÜBERWACHUNG

„Sammelt alles, erfasst alles, wisst alles, nutzt alles“

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



# SCHWERE EINGRIFFE IN DIE MENSCHENRECHTE

Die Massenüberwachung des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA und seiner Partner im Internet findet unter dem Motto statt: „Sammelt alles, erfasst alles, wisst alles, nutzt alles“ (so eine Präsentation der NSA, die 2015 im Rahmen der Snowden-Enthüllungen bekannt wurde). Die NSA und ihre Partner verschaffen sich nahezu unbegrenzten Zugang zu unseren E-Mails, Mobilfunkdaten und Internetaktivitäten und werten diese Daten mit hochmodernen Datenbanken aus. Damit etablierten sie ein bisher nicht dagewesenes System anlassloser Massenüberwachung, das massiv in unsere Menschenrechte eingreift und unsere Freiheit bedroht.

Wenn wir, ohne dazu Anlass gegeben zu haben, in wesentlichen Teilen unseres Lebens ständig beobachtet werden, ist ein freies und selbstbestimmtes Leben nicht möglich. **Die Privatsphäre ist ein wichtiges Menschenrecht, deren Schutz in Artikel 12 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist.** Zudem ist sie eine essenzielle Grundlage für zahlreiche andere Menschenrechte, wie das Recht auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung. Wer weiß, dass er ständig beobachtet wird, ändert sein Verhalten im öffentlichen Raum und nimmt seine Rechte weniger wahr.

Darüber hinaus fehlt jeder Beweis, dass Massenüberwachungsprogramme ihr Ziel, zusätzliche Sicherheit zu bieten, erreichen. Ein von US-Präsident Obama eingesetztes Gremium kam zu dem Schluss, dass die Metadatenanalyse durch die NSA keinen wesentlichen Beitrag zur Terrorabwehr geleistet habe. In einer Detailanalyse von 225 Fällen terroristischer Taten aus dem Al-Qaida-Umfeld zeigte die New America Foundation, dass Daten aus NSA-Massenüberwachungsprogrammen nahezu keine Relevanz für die Aufklärung dieser Taten hatten.

Während also erhebliche Zweifel bestehen, dass Massenüberwachung einen messbaren Nutzen für die Sicherheit bietet, birgt die Etablierung derartiger Technologien ein



enormes Missbrauchsrisiko. Die politischen Entwicklungen sind nicht vorhersehbar und auch in demokratischen Staaten können autoritäre Regierungen an die Macht gelangen, wie sich an besorgniserregenden Tendenzen zum Abbau oder zur Unterminierung des Rechtsstaats in Ländern wie Ungarn, Polen, der Türkei und den USA zeigt.

Auch die Gesetzeslage in Deutschland ist strittig. Nachdem bekannt wurde, dass auch der BND an der globalen Massenüberwachung beteiligt ist und damit nach Auffassung von Amnesty International gegen damals geltendes Recht verstieß, wurde als Reaktion darauf im Oktober 2016 das BND-Gesetz reformiert und die Maßnahmen schließlich legalisiert. Die umstrittene Vorratsdatenspeicherung hatte der Bundestag bereits im Oktober 2015 erneut beschlossen. Durch das Gesetz werden Telekommunikationsunternehmen auch in Deutschland dazu verpflichtet, zahlreiche Standort- und Kommunikationsdaten über mehrere Wochen zu speichern.

Die Außenpolitik der Bundesregierung setzte hingegen Hoffnungszeichen. Mehrere von Deutschland mitinitiierte UN-Resolutionen betonen, dass das Recht auf Privatsphäre auch online gilt. Gleichzeitig steht die Bundesregierung den in anderen Staaten (darunter Frankreich, Großbritannien und den USA) diskutierten Maßnahmen zur Schwächung oder zum Verbot von Verschlüsselung weiterhin skeptisch gegenüber; zudem fördert das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Verbreitung von Verschlüsselung. Zumindest die „massenhafte Überwachung von Kommunikationsinhalten“ wird so weiter erschwert – wenn auch nur auf technischem Weg und nicht durch ein rechtliches Verbot, wie es aus menschenrechtlicher Perspektive geboten wäre.

# FORDERUNGEN

Amnesty International sieht in der Massenüberwachung der NSA einen unverhältnismäßigen Eingriff in das Menschenrecht auf Privatsphäre. Der NSA-Skandal ist weder aufgearbeitet, noch darf er vergessen werden. Es ist wichtig, jetzt Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, dass Privatsphäre ein Menschenrecht ist und nicht für vermeintlich mehr Sicherheit geopfert werden darf.

**Daher fordern wir nach wie vor alle Staaten und insbesondere die USA und Großbritannien dazu auf,**

- alle Programme zur anlasslosen Massenüberwachung unverzüglich zu beenden und sicherzustellen, dass alle Überwachungsmaßnahmen internationale Menschenrechtsstandards einhalten;
- sicherzustellen, dass Kommunikationsüberwachung nur bei einem konkreten Anlass (z.B. einem drohenden Verbrechen) und nur mit einer richterlichen Genehmigung stattfindet und dass dabei Mittel gewählt werden, die so wenig wie möglich in die betroffenen Menschenrechte eingreifen;
- die Leitlinien und Grundsätze der Überwachung, einschließlich des Austauschs von Informationen mit anderen Staaten, offenzulegen.

**Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, das Menschenrecht auf Privatsphäre zu schützen. Sie muss insbesondere**

- eine Gesetzesänderung in den Bundestag einbringen, welche die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung zurücknimmt;
- sich im Bundestag für eine Rücknahme der unverhältnismäßigen Befugnisweiterungen für den BND durch die Reform des BND-Gesetzes einsetzen, und sich stattdessen für eine gesetzliche Beschränkung der geheimdienstlichen Kommunikationsüberwachung stark machen.;
- sicherstellen, dass die Zusammenarbeit mit ausländischen Regierungen und Nachrichtendiensten hinsichtlich menschenrechtswidriger Überwachungsprogramme unverzüglich beendet wird.